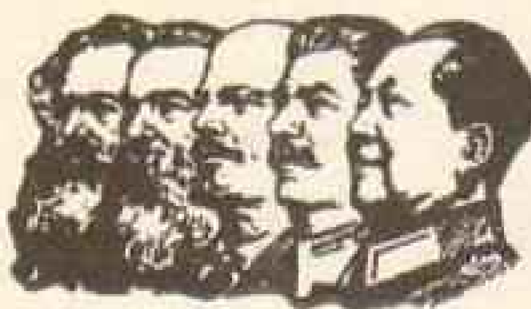
EXTRABLATT November 1973

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Bonn unterstützt israelische Aggression auf unsere Kosten!

Frieren für Israel ?

Riesige Polizeiaufgebote machen Sonntags in unseren Städten Jagd auf Autofahrer ohne Berechtigungsschein. – In den Fabriken werden die Heizungen heruntergestellt, in den Arbeitspausen wird das Licht abgeschaltet oder eingeschränkt. – „Bild" hat den Schuldigen längst gefaßt: Die Ölscheichs!

Heizöl und Benzin sollen rationiert werden. – Autos werden beschlagnahmt. Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. – Wer ist schuld? – Die Erpresser aus der Wüste!

Die bürgerliche Presse schießt aus allen Rohren. Keine Karikatur ist zu dämlich, keine Verdrehung zu absurd, keine Lüge zu plump, wenn es zu vertuschen gilt, was offen auf der Hand liegt: die westdeutschen Imperialisten unterstützen die israelische Aggression auf unsere Kosten.

Nüchtern betrachtet: Die arabischen Staaten sollen also schuld an den Baupleiten sein? Schuld, daß gegenüber dem Vorjahr die Arbeitslosenzahl um 24,4% gestiegen ist? Daß schon im letzten Monat 270 000 Kollegen arbeitslos waren und 68 000 kurzarbeiteten. Daß in diesem Jahr 16% weniger Maschinen produziert wurden als zum vergleichbaren Zeitpunkt des Vorjahres? Daß von den Kapitalisten für weitere 85 000 Kollegen „vorsorglich", wie es so schön heißt, Kurzarbeit angemeldet wurde? Weder damit, noch mit den 500 000 Arbeitslosen in diesem Winter (mehr als in der Krise 66/67), wie sie ein Bonner Staatssekretär prophezeite, haben die arabischen Länder irgendetwas zu tun.

Tatsache ist doch, daß es schon vor Monaten angefangen hat zu kriseln. Pleiten in der Bau-, Möbel- und Textilindustrie waren doch schon an der Tagesordnung, als von Ölboykott noch kein Wort zu hören war. Die Anmeldezahlen für Kraftfahrzeuge gehen doch auch schon seit Monaten zurück! Nicht, daß schon jeder eine vernünftige Wohnung hätte, davon kann wahrlich keine Rede sein, bloß daß die Wohnungen, die gebaut wurden, unsereins nicht bezahlen kann. Selbstverständlich ist es auch nicht so, daß kein Mensch mehr ein Auto haben möchte, bloß, wer kann sich bei sinkenden Reallöhnen und steigenden Preisen für Reparaturen, Benzin, Versicherungen usw. überhaupt noch ein Auto leisten, geschweige denn ein fabrikneues?

Kurz und knapp: Wenn Bundesfinanzminister Schmidt steigende Arbeitslosenzahlen auf den Ölboykott schiebt, dann lügt er. Es ist die alte Masche. Die Kapitalisten suchen einen Sündenbock für ihre Mißwirtschaft. Waren es vor 1933 und danach die Juden, der jüdisch-bolschewistische Weltfeind, der an allem schuld sein sollte, so sind es heute unsere ausländischen Kollegen („Türkenterror bei Ford" – Bild), zur Zeit aber vor allem die Araber im allgemeinen und die „Ölscheichs" im besonderen. Richtig ist allerdings, daß die gegenwärtig einsetzende Krise durch den Ölboykott verschärft wird. Aber wer trägt für den Ölboykott die Verantwortung?



Am 30. September 1966 wurde die Zeche Bismark - wie so viele andere vorher und nachher - geschlossen. Die Deutsche Erdöl AG kassierte 100 Millionen DM Stillegungsprämie, obwohl mehr als 10 Millionen t Kohle auf Halde lagen. In ihrem Streben nach höchsten Profiten, stellten die westdeutschen Monopole ihre Energieversorgung auf das billige arabische Erdöl um. Jetzt werden wieder mehr als 100 Millionen DM Steuergelder genommen, damit die Förderung von der Nachbarzeche wieder aufgenommen wird.

Erklärung des Zentralkomitees der KPD/ML

Das Zentralkomitee der KPD/ML erklärt: Fahrverbote an Wochenenden, drohende weitergehende Beeinträchtigungen des Automobilverkehrs, kalte Arbeitsplätze und Wohnungen, ungeheure Preissteigerungen bei allen Erdölprodukten, die angedrohte staatliche Rationierung von Benzin und Heizöl – diese Maßnahmen der Bonner Regierung, dem Vollzugsorgan der westdeutschen Imperialisten, stellen einen ungeheuerlichen Angriff auf die Interessen der werktätigen Bevölkerung Westdeutschlands und Westberlins dar.

Um die berechtigte Empörung des werktätigen Volkes über diese Maßnahmen von sich zu lenken, haben die westdeutschen Imperialisten in ihrer Presse eine dummdreiste Hetzkampagne gegen die arabischen Staaten entfaltet, in deren Kern die Behauptung steht, es handele sich bei dem Ölboykott um eine Erpressung seitens der arabischen Staaten.

Aber : Der Feind steht im eigenen Land!

Tatsache ist: Die westdeutschen Imperialisten haben durch ihre verschiedenen Bonner Regierungen seit der Gründung des Staates Israel dessen Unterdrückungs- und Eroberungspläne gegen das palästinensische Volk und seine arabischen Nachbarn in unverschämter, provokatorischer Weise unterstützt: Milliarden von D-Mark, Kredite und Waffen, von der moralischen Unterstützung ganz zu schweigen.

Im Windschatten des US-Imperialismus segelnd, gestützt auf den räuberischen Zionismus als Speerspitze gegen die arabischen Staaten, versuchten und versuchen sie, sich in den Besitz arabischen Erdöls zu bringen, dessen Preis sie mit wahrhaft erpresserischen Methoden niedrig halten, um Riesenprofite für sich zu sichern.

Mit Recht, in Verteidigung ihrer nationalen Interessen, haben die arabischen Staaten auf diese Erpressungsversuche, auf die provokatorische Unterstützung der israelischen Aggression geantwortet, indem sie die Lieferung ihres Erdöls an solche Staaten, die eine antiarabische Haltung einnehmen, einstellten bzw. einschränkten.

Die Feinde der arabischen Völker und des palästinensischen Volkes in ihrem gerechten Kampf gegen die israelische Aggression, gegen das Hegemoniestreben der Supermächte – des US-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus – und gegen die Imperialisten der ganzen Welt sind auch die Feindes des werktätigen deutschen Volkes. Das zeigt sich von Tag zu Tag klarer.

Die Profitinteressen der westdeutschen Imperialisten diktierten die Vernichtung riesiger Energiekapazitäten durch Stillegungen zahlreicher Zechen, für die auch noch Milliarden an Steuergeldern vergeudet wurden. Jetzt gefährdet die aggressive Politik der westdeutschen Imperialisten in Nahost die Versorgung der werktätigen Bevölkerung Westdeutschlands und Westberlins mit Benzin und Heizöl.

Die Bonner Politik der Provokation und Erpressung der arabischen Staaten führt zu einer weiteren Verschärfung der einsetzenden Krise des westdeutschen Imperialismus, die für die Werktätigen weitere Teuerungen und stärkeren Lohnraub bringen wird und Millionen aus ihren Reihen mit Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit bedroht.

Das sogenannte "Energiesicherungsgesetz" stellt – mit all seinen terroristischen Maßnahmen wie Massenmobilisierung der Polizei zur Überwachung und Bespitzelung der Werktätigen, Beschlagnahme von Fahrzeugen, horrende Geldstrafen, Rationierungen usw. – nichts anderes dar, als die teilweise Erprobung der Notstandsgesetze. Frühzeitig soll die Bevölkerung an diese Zustände gewöhnt werden.

Und in der Tat: die Unterstützung des tollwütigen US-Imperialismus und seines zionistischen Besatzerstaates durch die Bonner Regierung erhöht für die Werktätigen die Gefahr, wiederum für imperialistische Interessen in den Krieg gehetzt zu werden.

Willy Brandt, Chefsprecher der westdeutschen Imperialisten, ruft auf zur Solidarität. Ein alter Trick, den wir schon von Hitlers Chefdemagogen Goebbels kennen: die Volkssolidarität gegen einen äußeren Feind wird beschworen, um das Volk vom Kampf gegen seine wirklichen Feinde abzulenken. Der wirkliche Feind steht im eigenen Land, nicht in der Wüste: die westdeutschen Imperialisten samt ihrer Bonner Regierung.

Die KPD/ML ruft alle Arbeiter, alle Werktätigen Westdeutschlands und Westberlins auf: **Solidarisiert Euch mit dem Kampf der arabischen Völker!**

Vereinigt Euch im gemeinsamen Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus und seine Unterstützung der zionistischen Aggression!

Sofortiger Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel!

Unterstützung der arabischen Sache durch die Bonner Regierung!

Nutzt alle Möglichkeiten, die Durchführung des terroristischen "Energiesicherungsgesetzes" zu verhindern, mit dem die Bonner Regierung die Folgen ihrer Aggressionspolitik auf uns abwälzen will!

Aus Profitgier wollten die Imperialisten die arabischen Staaten ihres Erdöls berauben. Die Schläge der arabischen Völker aber verschärfen nun die inneren Widersprüche des westdeutschen Imperialismus. Im Kampf gegen die Auswirkungen der Aggressionspolitik wird die westdeutsche Arbeiterklasse, werden sich die gesamten werktätigen Massen noch fester gegen den Imperialismus zusammenschließen. **Was die Imperialisten auch tun, sie beschleunigen nur ihren Untergang. Die Haupttendenz in der heutigen Welt ist die Revolution und der siegreiche Vormarsch des Sozialismus.**

Mit jedem Tag beweist das kapitalistische System aufs neue, daß es nicht in der Lage ist, der Arbeiterklasse, den werktätigen Massen ein Leben frei von Not und Sorgen, in Glück und Frieden zu garantieren.

Vereinigt Euch im revolutionären Klassenkampf gegen das Kapital und seine Handlanger für die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse!

Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Wer erpresst wen?

Tatsache ist doch wohl, daß die Imperialisten der ganzen Welt versuchen, das arabische Erdöl in die Hand zu bekommen. Allen voran natürlich die beiden Supermächte: der US-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus. Der US-Imperialismus benutzt dabei den zionistischen Besatzerstaat als Speerspitze gegen die arabischen Staaten, Israel ist nichts anderes als eine Bastion der US-Imperialisten.

Warum kriegen dann die Herren aus Bonn immer gleich feuchte Augen, wenn von Israel die Rede ist? – Sie möchten das den Juden unter dem Hitlerregime zugefügte Leid wiedergutmachen. – Nichts als Heuchelei! Die Krupps, Flicks, Thyssen usw. und ihre Bevollmächtigten in Bonn, die heute so groß das Maul für Israel aufreißen, sind doch genau diejenigen, die Hitler einst an die Macht hievten und die Verantwortung tragen für die Millionen Judenmorde!

Die Absichten der westdeutschen Imperialisten sind doch klar: Im Windschatten des US-Imperialismus setzen sie ebenfalls auf die zionistische Karte, um selbst Riesenprofite aus dem arabischen Erdöl herauszuschlagen. Einige Zahlen, die zeigen, wer hier wen erpreßt und ausplündert: Der erste nicht voll beladene Öltanker wird erst Mitte Dezember hier eintreffen, aber allein in den letzten 12 Monaten steigerten die Ölkonzerne wie Shell, Texaco usw. ihre Preise derartig, daß sie durch die Preiserhöhungen einen Extraprofit von rund gerechnet 7,5 Milliarden machten. Seit Anfang 1972 steigerten die Erdölkonzerne die Preise um ca. 500% (von ca. 25 Dollar auf 130 Dollar pro Tonne). Im gleichen Zeitraum erhielten die erdölproduzierenden Länder 3,55 Dollar pro Tonne mehr.

Damit dürfte wohl klar sein, warum die westdeutschen Imperialisten und ihre Bonner Regierung den Zionisten die Treue halten. Mit Reue über die von ihnen zum grossen Teil zu verantwortenden Verbrechen gegen die Juden unter dem Hitlerregime hat das wahrhaftig nichts zu tun. Für uns Arbeiter aber steht die Frage doch so: Wir unterscheiden nicht danach, ob jemand Jude, Araber, Eskimo oder Japaner ist. Jeder Arbeiter, ob schwarz, weiß, gelb oder braun, ist unser Kollege, unser Klassenbruder. Jeder Kapitalist aber, ob weiß, gelb schwarz oder braun, ist unser Klassenfeind.

Was Israel angeht: Wir können doch einen Sohn, dessen Vater im KZ ermordet wurde, und dessen Freunde, mit denen er gemeinsam auf Raub, Mord und Totschlag ausgeht, bei seinen Verbrechen nicht auch noch unterstützen, nur weil sein Vater im KZ starb. Auf das sechsfache haben die israelischen Zionisten ihren Staat seit seiner Gründung 1948 vergrößert, sie halten arabische Länder besetzt, sie streben nach den arabischen Ölquellen und träumen – wie Hitler von einem großgermanischen Reich vom Ural bis zur Atlantikküste – von einem zionistischen Großreich zwischen Euphrat und Nil. **Soll man diesen Räuberstaat a la Hitlerdeutschland auch noch unterstützen, sich ihm gegenüber „neutral" verhalten oder sollte man nicht die Vertriebenen und Überfallenen, den arabischen Ländern in ihrem berechtigten Kampf gegen die Aggressoren zur Seite stehen?**

Hier kann es für uns keine Neutralität geben: die Sache der arabischen Völker ist gerecht. In Verteidigung ihrer nationalen Interessen und Rechte ist es völlig gerechtfertigt, wenn die arabischen Staaten als Antwort auf die imperialistische Aggression und Erpressung die Erdöllieferungen an jene Länder eingestellt oder eingeschränkt haben, die eine antiarabische Haltung einnehmen.

Die westdeutschen Imperialisten - Treue Bundesgenossen der Zionisten

Die verschiedenen Bonner Regierungen des westdeutschen Imperialismus haben nicht nur Israel ständig mit Milliardenbeträgen unterstützt, sie haben nicht nur Waffen an Israel geliefert, sie haben ihm nicht nur in großzügigster Weise Kredite für seine Aufrüstung gewährt, sie haben dem Zionismus nicht nur ständig „moralische" Schützenhilfe gegeben.

Es waren auch die westdeutschen Imperialisten, die über sogenannte „Wirtschaftshilfen" die arabischen Staaten erpressen wollten, die DDR nicht anzuerkennen. Die westdeutschen Imperialisten sind es, die durch brutale Verfolgung fortschrittlicher Ausländer, insbesondere Araber und Palästinenser, durch das Verbot von GUPA und GUPS direkt versuchen, den Kampf der arabischen Völker und des palästinensischen Volkes gegen die zionistische Aggression zu sabotieren. Die westdeutschen Imperialisten haben ein Verbrechen nach dem anderen gegen die arabischen Völker begangen, aus reiner Profitgier, um sich in den Besitz des arabischen Erdöls zu Schleuderpreisen zu bringen.

Die Folgen dieser imperialistischen Raubpolitik sollten wir jetzt tragen. Kein Auto müßte in der Garage bleiben, kein Ofen bliebe kalt, kein Liter Öl würde uns fehlen, wenn wir die Bonner Regierung zu folgenden Maßnahmen zwingen:

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel!

Unterstützung der gerechten Sache der arabischen Völker!

Bonn probt den Notstand

Aber ohne Kampf werden wir hier nichts erreichen. Was kümmern unsere, die Interessen des Volkes, schon die westdeutschen Imperialisten und ihre Bonner Regierung? „Laßt sie doch frieren, bis sie blau werden! Hauptsache, wir machen unseren Schnitt!" Niemals, wenn wir sie nicht dazu zwingen, werden die westdeutschen Imperialisten und ihre Bonner Regierung freiwillig ihre Politik der Unterstützung der zionistischen Aggression aufgeben.

Wie eh und je gehen sie stattdessen daran, alle Lasten auf das Volk, auf die Werktätigen abzuwälzen. Heuchlereisch heißt es: „Die Arbeitsplätze gehen vor!" **Die Arbeitsplätze kümmern sie einen Dreck. Ihr Profit liegt ihnen am Herzen. Ihre Profitinteressen diktierten eine Zechenstillegung nach der anderen, die Zerstörung von zigtausend Arbeitsplätzen, weil sie das große Geschäft mit dem Öl machen wollten. Jetzt soll es für uns noch nicht einmal Benzin und Heizöl in ausreichendem Maße geben.**

Phase 1 des sogenannten „Energiesicherungsgesetzes" (Sonntagsfahrverbot, Geschwindigkeitsbegrenzung) ist schon in Kraft, Phase 2 (Fahrerlaubnis nur für berufliche Zwecke) und Phase 3 (Rationierung: Bezugsscheine für Benzin und Heizöl) werden uns angedroht.

Kommen wir zum bereits erprobten Sonntagsfahrverbot. Wieviel Prozent bringt es an Öleinsparung? 1,7%. Der private Autoverkehr macht nämlich nur 25% des gesamten Ölverbrauchs aus, davon entfallen wiederum 7% auf den Sonntag.

Dafür soll sich der ganze Aufwand lohnen? Da steckt doch etwas anderes dahinter. Hier geht es den Bonner Herren doch nicht in erster Linie um diese mickrigen 1,7% Hier wird der Notstand geprobt.

Polizei massenhaft zur Kontrolle und Bespitzelung der werktätigen Bevölkerung einsetzen, Kraftfahrzeuge beschlagnahmen, die Massen zum Verzicht zwingen, Einsatzwagen mit voller Besatzung, die durch die leergefegten Straßen rasen. Straße frei für die Polizei! Der Kapitalistenstaat nutzt die Gelegenheit, uns einzuschüchtern. Angesichts der Wahrscheinlichkeit einer weiteren brutalen Verschärfung der Krise will die herrschende Klasse uns ihre vermeintliche Macht und Stärke demonstrieren.

Für die Monopole in den imperialistischen Krieg?

„Imperialismus bedeutet Krieg" – mancher von uns wird sich in den letzten Wochen dieser alten Wahrheit der Arbeiterbewegung erinnert haben. Zu deutlich ist geworden, in welch ungeheurem Maße sich die Widersprüche zwischen den Imperialisten verschärft haben. Noch hielt das Komplott der Supermächte gegen die arabischen Völker, das darauf abzielt, den Zustand „Weder Krieg noch Frieden" aufrechtzuerhalten, aber schon morgen kann es in die Brüche gehen. Dann nämlich, wenn z.B. die USA-Imperialisten in ein arabisches Land einfallen sollten. Denn genau wie die USA-Imperialisten sind die sowjetischen Sozialimperialisten scharf auf das arabische Erdöl. So traten sie mit der Behauptung auf, zwar läge das arabische Erdöl auf dem Territorium der arabischen Staaten, in Wirklichekit aber gehöre es allen Völkern (womit sie natürlich sich selbst meinen) der Welt.

Mit dieser chauvinistischen Großmachtargumentation bereiten die sowjetischen Sozialimperialisten ihren eigenen Angriff auf die arabischen Staaten vor, der dann natürlich wahrscheinlich als Verteidigung der berechtigten Interessen der arabischen Völker gegen den USA-Imperialismus getarnt würde.

Nein! Die Bodenschätze eines Staates gehören dem Volk, das ihn bewohnt. Mit dem gleichen hinterhältigen Argument – nämlich mit der Parole „Die Ruhrkohle gehört allen!" – fielen 1923 die französischen Imperialisten ins Ruhrgebiet ein. Mit Recht kämpfte damals die deutsche Arbeiterklasse, kämpften deutsche Patrioten gegen diese imperialistische Aggression.

Aber auch die westdeutschen Imperialisten sind keineswegs friedlich. Schon stellt das Kapitalistenblatt „Die Wirtschaftswoche" bei der Erwägung der Frage, wie die westdeutschen Imperialisten am leichtesten wieder an das arabische Erdöl herankommen können, folgende Kalkulation auf: z.B. durch **Nichtmarktwirtschaftliche Intervention (z.B. die militärische Eroberung der Erdölgebiete). Eine Intervention könnte in den wenig bevölkerten Gebieten Libyens und der arabischen Halbinsel am kostengünstigsten sein."**



„Lady Hitler go home", riefen die Demonstranten anläßlich des Gipfeltreffens der sozialdemokratischen Führer zur Unterstützung der israelischen Aggression in London.

Ein NATO-General zum selben Thema: **„Wenn wir Libyen besetzen, werden die Russen doch wohl kaum einen Atomkrieg riskieren."** Hinzu kommt die Tatsache, daß die westdeutschen Imperialisten nach wie vor auf die Unterstützung des tollwütigen US-Imperialismus und seines zionistischen Besatzerstaates setzen. Die imperialistische Aggressionspolitik der Bonner Regierung gegen die arabischen Staaten erhöht für die Bevölkerung Westdeutschlands und Westberlins in erschreckendem Maße die Gefahr, wiederum in den Krieg gehetzt zu werden.

Nieder mit dem westdeutschen Imperialismus und seiner Unterstützung der zionistischen Aggression!
Sofortiger Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel!
Unterstützung der arabischen Sache durch die Bonner Regierung!
Nutzt jede Gelegenheit: Verhindert die Durchführung des volksfeindlichen „Energiesicherungsgesetzes"!
Ausländische Truppen raus aus ganz Deutschland!
Raus mit der Bundesrepublik aus der NATO! Raus mit der DDR aus dem Warschauer Pakt!
Krieg den imperialistischen Kriegen!
Es lebe der palästinensisch-arabische Befreiungskampf! Nieder mit dem Komplott der Supermächte
Es lebe der proletarische Internationalismus!
Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Solidarität mit dem Klassenfeind?

Bundeskanzler Brandt hat aufgerufen zur Solidarität. Schöne Worte hat Friedenswilly wieder gefunden: "Wir lernen in diesen Wochen, was in Vergessenheit zu geraten drohte, daß Egoismus nicht einmal den Egoisten hilft, daß wir vielmehr auf gegenseitige Hilfe angewiesen sind." Wie schön, daß gewisse Kreise auch schon glänzende Beispiele dieser Selbstlosigkeit gegeben haben! Voller Rührung haben wir zum Beispiel vernommen, daß ein gewisser Herr Hesselbach, Chef der Bank für Gemeinwirtschaft, freiwillig die Temperatur in seinem heimischen Swimmingpool auf 14 (vierzehn!) Grad reduzierte. Mit unverhohlener Bewunderung nehmen wir auch die Aufopferungsbereitschaft der Daimler-Benz-Bosse zur Kenntnis, die ihren „guten Stern" nicht mehr über Stuttgart strahlen lassen, um Energie zusparen.

Da kann einem wirklich di Galle überlaufen, wenn man sieht, auf welch dreiste Art und Weise wir hier für dumm verkauft werden sollen. Nicht nur, daß diese „selbstlosen" Herrschaften soviel Benzin und sonstige Ölprodukte bekommen, wie sie wollen. In der Regel sitzen sie ohnehin in irgendeiner Form an der Quelle. Auf jeden Fall können sie sich auf ihre Beziehungen verlassen. Ganz abgesehen davon, daß der schwarze Markt schon munter blüht, auf dem für das entsprechende Geld alles zu haben ist, selbstverständlich auch Berechtigungsscheine.

Vor allen Dingen aber sind es ja gerade diese „selbstlosen" Herren, die Imperialisten und ihre Bevollmächtigten in der Bonner Regierung, die uns durch ihre imperialistische Aggressionspolitik diese Suppe eingebrockt haben. Ausbeuter, Räuber, Unterdrücker, Kriegstreiber!

Aus Profitgier dringen sie in andere Länder ein, um die Völker auszuplündern. Wenn sie einen guten Schnitt dabei machen, legen sie ganze Fabriken still und schmeißen Tausende von Kollegen auf die Straßen. Sie treiben Inflation und Teuerung, damit ihre Kasse stimmt. Sie scheuen vor keinem Krieg zurück, wenn es um ihre Profite geht. Mit diesem Pack soll es irgendeine Solidarität geben? Hier gibt es nur Kampf!

Wir haben keine Feinde in der Wüste!
Der Feind steht im eigenen Land

BESTELLSCHEIN

HIERMIT BESTELLE ICH:
PROBENUMMER ☐
ABONNEMENT ☐
AB NUMMER ....
Bestellungen an:
Verlag G.Schubert,
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526.

ROTER MORGEN

NAME, VORNAME ....
BERUF ....
POSTLEITZAHL ORT ....
STRASSE ....
DATUM ....
UNTERSCHRIFT ....

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund, Hörde, Postfach 526, PSchKto Essen Nr. 464 20 – 435 (G. Schubert), Tel.: 0 21 41 / 22 82 59. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36, Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisunger auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.